



**Gesamtbetriebsrat
der Ford-Werke GmbH**



Ford Gesamtbetriebsrat fordert Politik zum Handeln auf – Olaf Scholz zu Besuch bei den Ford-Werken in Köln

Köln, 10.12.2024 – Angesichts der anhaltenden Unsicherheit über die Zukunft der Ford-Standorte in Köln bindet der Gesamtbetriebsrat von Ford nun die Politik ein, um die dringend benötigte Unterstützung für die Elektromobilität einzufordern. Bei der Arbeitnehmervertretung wächst die Sorge, dass der Druck auf die Arbeitsplätze weiter ansteigen wird, sofern die Politik nicht unverzüglich ein starkes Signal für die Elektromobilität sendet.

Bundeskanzler Olaf Scholz folgte am Dienstag, den 10. Dezember 2024 der Einladung des Betriebsrates und stellte sich den berechtigten Forderungen der Beschäftigten. Benjamin Gruschka unterstrich: „Als amtierender Bundeskanzler muss Olaf Scholz jetzt alles in seiner Macht Stehende tun, um Unternehmen wie Ford, die sich proaktiv auf die Transformation zur Elektromobilität eingelassen haben, zu unterstützen. Eine Rückkehr zur Produktion von Verbrennerfahrzeugen ist am Standort Köln ausgeschlossen.“

Konkret fordert der Gesamtbetriebsrat folgende Punkte:

1. Klares Bekenntnis zur Elektromobilität:

Die Einführung der Elektromobilität wurde seit vielen Jahren durch die CO₂-Gesetzgebung des Europäischen Parlaments beschlossen. Es ist inakzeptabel, dass Politiker immer wieder diese Beschlüsse in Frage stellen und neue Forderungen aufstellen. Das ständige Hin und Her schafft Verunsicherung bei den Verbrauchern und erschwert deren Kaufentscheidungen für Elektroautos.

2. Förderung des Kaufs von Elektrofahrzeugen:

Deutschland muss eine Kaufförderprämie einführen, um die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen zu steigern und die vereinbarten Ziele zu erreichen. Vorbilder wie Frankreich haben gezeigt, dass die Förderung an das Einkommen gekoppelt oder in Form einer Pauschale bereitgestellt werden kann. Alle Modelle, die einen Kaufanreiz bieten, sind willkommen.

3. Ausbau der Ladeinfrastruktur und bezahlbarer Ladestrom:

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur muss vorangetrieben werden, um den Nutzerinnen und Nutzern einen einfachen Zugang zu ermöglichen. Obwohl bezahlbarer Ladestrom im Vergleich zur Förderprämie nicht an erster Stelle steht, sollte dieses Thema ebenfalls Berücksichtigung finden.

Benjamin Gruschka kündigte an, dass er Vertreter der politischen Parteien noch vor der Bundestagswahl in die Pflicht nehmen wird: „Wir appellieren an die Verantwortung der Politik, die Weichen für die Elektromobilität richtig zu stellen. Lassen Sie uns gemeinsam an einer zukunftsorientierten Automobilindustrie arbeiten, die Arbeitsplätze in der gesamten Wertschöpfungskette sichert und die Energiewende vorantreibt.“

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.